

## Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

---

**Sitzungstag:** Donnerstag, 07.12.2006

**Sitzungsort:** Fliegerhorst Upjever, Upjeversche Straße,  
Unteroffiziersheim

**Sitzungsdauer:** 18:00 Uhr bis 20:05 Uhr

### Anwesend sind:

Vorsitzende Bastrop

Bürgermeister Böhling

Ratsmitglieder Bödecker, Borkenstein, Buß, Eggerichs, Eggers,  
Dr. Eickelberg, Fischer, Freygang, Gamperl,  
Groenhagen, Homfeldt, Jongebloed, Just,  
Kathmann, Knefelkamp, Köhn, König, Limberg,  
Dr. Lotz, Mietz-Hüttel, Müller, Ottens, Riemer, Salz,  
Schauderna, Schmitz, Schüder, Schwitters,  
Sutorius, Thiesing, Ufken (ab 18.17 Uhr), Wolken

Es fehlen entschuldigt: RM Torkler

Von der Verwaltung  
nehmen teil: StR Müller  
BOAR Kaminski  
VA Schulte  
VA Poppinga

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung  
RV Bastrop eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  
RV Bastrop stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung  
RV Bastrop stellt die Tagesordnung fest.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 09. 11. 2006 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Geplante Windkraftanlagen an der A 29

Die Stadt Wilhelmshaven hat kürzlich ein Genehmigungsverfahren für die Errichtung von 3 Windkraftanlagen an der A 29 zwischen der Anschlussstelle Fedderwarden und der Schortenser Stadtgrenze nach den Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes eingeleitet. Bei den vorgesehenen Windkraftanlagen handelt es sich um einen Windpark, in dem zwei Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 64 m und eine Windkraftanlage mit einer Nabenhöhe von 98,30 m vorgesehen sind. Der Antrag wurde in der letzten öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses behandelt und es wurden erhebliche Bedenken geäußert. Eine abschließende Stellungnahme bis zum 15. 12. 2006 - wie von der Stadt Wilhelmshaven gewünscht - ist in der Kürze der Zeit nicht möglich, so dass eine entsprechende Fristverlängerung bis Ende Februar 2007 erwartet wird.

Insbesondere müssen auch die Belange des Interkommunalen Gewerbegebietes Jade-Weser-Park Berücksichtigung finden. Dieses wurde in der Verbandsversammlung am 04. 12. 06, in der der BM der Stadt Schortens als Vorsitzender bestätigt wurde, sehr deutlich gemacht. Der Verband wurde bislang von der Stadt Wilhelmshaven überhaupt nicht beteiligt.

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Stadt Wilhelmshaven die Stadt Schortens als kommunalen Nachbarn frühzeitiger über ihre Absichten unterrichtet hätte.

6.2. Ausbau des Industriegleises zwischen Sande und JadeWeserPort

Die DB Netz AG, Hannover, hat mit Schreiben vom 02. 11. 2006 nähere Informationen über den geplanten Ausbau des Industriegleises zwischen Sande und JadeWeserPort gegeben.

Im Streckenabschnitt vom Weißen Floh bis zum Bereich des künftigen Gleisanschlusses zum JadeWeserPort ist danach zur Abwicklung des Verkehrs die signaltechnische Aufrüstung erforderlich. Darüber hinaus ist im Bereich südlich von Accum die Anordnung eines ca. 800 m langen Kreuzungsgleises vorgesehen.

Unter anderem für diese Maßnahme wird voraussichtlich im Frühjahr 2007 ein Plangenehmigungsverfahren durchgeführt. In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine Benehmensherstellung mit der Stadt Schortens.

Die DB Netz AG ist der Auffassung, dass nach dem derzeitigen Planungsstand die genannten Maßnahmen keine wesentliche bauliche Änderung im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes darstellen, so dass Maßnah-

men zur Lärmvorsorge nicht vorgesehen sind. Eine endgültige Regelung bleibt jedoch dem Abschluss des genannten Planfeststellungsverfahrens vorbehalten.

Natürlich ist die Stadt Schortens uneingeschränkt für die Errichtung des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven. Gleichzeitig werden jedoch auch ganz wesentlich die weiteren Belange unserer Bürgerinnen und Bürger vertreten, insbesondere im Ortsteil Accum.

Bei dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen sind entsprechende Lärmschutzmaßnahmen unerlässlich. Die Verwaltung wird die Angelegenheit kurzfristig den Ratsgremien zur Beratung unterbreiten.

### 6.3. B 210 neu

Zwischenzeitlich wurde bestätigt, dass nach jetzt bestehender Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses für den Bau der B 210 neu die notwendigen Finanzmittel im Investitionsprogramm des Bundes für die Jahre 2007 - 2011 aufgenommen worden sind. Im Planungsausschuss und aktuell im Verwaltungsausschuss wurde als vorbereitende Maßnahme die Neugestaltung des Straßennetzes im Zuge der Herstellung der Ortsumgehung Schortens beschlossen. Der Leiter der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Aurich hat in der letzten Sitzung des Planungsausschusses mitgeteilt, dass aller Voraussicht nach mit dem Bau der Brückenbauwerke im Jahr 2007 und dem Bau der B 210 neu im Jahr 2008 begonnen werden könnte.

### 6.4. Mühlenflügel Accum / Frieslandtaler

Der Verwaltungsausschuss hat zwischenzeitlich die Auftragsvergabe für die Erneuerung der Mühlenflügel der Mühle Accum beschlossen. Mit den Arbeiten wurde eine Firma aus den Niederlanden beauftragt. Die Finanzierung dieser Maßnahme erfolgt zur Hälfte aus Mitteln des Dorferneuerungsprogramms. Darüber hinaus sind Spendenmittel bei verschiedenen Institutionen beantragt worden. Die Auftragserteilung musste noch in diesem Jahr erfolgen, weil ansonsten die hälftige Finanzierung aus Mitteln der Dorferneuerung nicht mehr möglich gewesen wäre. Die Arbeiten werden im Frühjahr des Jahres 2007 durchgeführt.

Damit ist ein ganz wesentlicher Baustein für das der Stadt Schortens gehörende Baudenkmal erstellt worden, welches ehrenamtlich von den Mitgliedern des Arbeitskreises Accumer Mühle e.V. betrieben und bewirtschaftet wird. Diese stecken jedes Jahr tausende von Arbeitsstunden in den Erhalt und den Betrieb des Mühlenensembles; dafür gebührt ihnen unser herzlicher Dank.

Für sein ehrenamtliches Engagement wurde der AK Mühle vor zwei Tagen mit dem Frieslandtaler des Landkreises Friesland ausgezeichnet. Daneben erhielten die Heimatbühne Schortens und Frau Ingeborg Nöldeke aus Schortens diese Auszeichnung. Damit stammen 3 von 10 Preisträgern aus der Stadt Schortens.

### 6.5. Forsthaus Upjever

Nachdem der Pachtvertrag mit dem bisherigen Pächter des Forsthauses Upjever beendet wurde, ist es zum 01. 12. 2006 gelungen, das Forsthaus an Herrn Heinrich Lenz neu zu verpachten. Wichtig war, dass der Leerstand der Traditionsgaststätte nur kurze Zeit andauerte und insbesondere in der jetzigen Vorweihnachtszeit ein attraktives Angebot für die Gäste des Forsthauses vorgehalten werden konnte.

Mit Herrn Lenz ist ein weit über die Region hinaus bekannter Koch in das Forsthaus eingezogen.

#### 6.6. Kommission leistungsorientierte Vergütung

Nach dem zwischen den Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes abgeschlossenen Tarifvertrag ist künftig ein Teil der Personalausgaben leistungsorientiert an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Schortens zu vergeben. Für das Haushaltsjahr 2007 beträgt dieser Betrag, der in den Personalkosten enthalten ist, 39.100 €. Zur Festlegung entsprechender Kriterien ist entsprechend dem Tarifvertrag bei der Stadt Schortens zwischenzeitlich eine betriebliche Kommission paritätisch besetzt aus Vertretern der Arbeitgeberseite und des Personalrates und unter beratender Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten, des Schwerbehindertenvertreters und der Personalverwaltung eingerichtet worden. Diese Kommission hat bereits mehrfach getagt und soll bis zum 30. 09. des nächsten Jahres entsprechende Regelungen zur Einführung der leistungsorientierten Vergütung erarbeiten.

#### 6.7. VBL-Sanierungsgelder

Für das Jahr 2006 bekommt die Stadt Schortens ca. 80.000 € von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) erstattet. Grund hierfür ist eine Satzungsänderung, die auf wesentliches Betreiben des Hauptgeschäftsführers des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen, Herrn Bernd Wilkening, im Verwaltungsrat der VBL durchgesetzt werden konnte. Im Ergebnis werden durch die Satzungsumstellung die Kommunen wesentlich entlastet und der Bund und die Länder dementsprechend mehr finanziell belastet. Für das kommende Jahr 2007 wurde diese Tatsache bereits bei der Personalkostenberechnung berücksichtigt.

#### 6.8. 20jähriges Bestehen Bürgerhaus

Das Bürgerhaus besteht im Januar 2007 20 Jahre. Aus diesem Anlass findet am 27. Januar 2007 eine entsprechende Festveranstaltung im Bürgerhaus statt. Am Abend des gleichen Tages wird eine Bürgerhausfeier durchgeführt. Das Programm für diesen Tag wird derzeit intensiv erarbeitet. Selbstverständlich werden bei den öffentlichen Veranstaltungen auch unsere Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen; schließlich heißt das Haus „Bürgerhaus“.

#### 6.9. Alkoholkontrolle bei Jugendlichen

Neben der wichtigen Arbeit des Straßensozialarbeiters im präventiven Bereich haben Beamte des hiesigen Polizeikommissariats in Zusammenarbeit

mit dem städtischen Ordnungsamt anl. der kürzlich stattgefundenen FFN-Party im Gewerbegebiet Alkoholkontrollen bei Jugendlichen durchgeführt. Hierbei wurden Rucksäcke von Jugendlichen kontrolliert und in Besitz befindliche unerlaubte Alkoholika beschlagnahmt. Die Eltern und das Jugendamt wurden über diese Vorfälle informiert. Auch zukünftig wird die Polizei in Zusammenarbeit mit der Stadt Jugendliche auf Märkten dementsprechend kontrollieren. Neben der Prävention ist auch die Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen ein wirksames Mittel, um den Alkoholenuss bei Jugendlichen in der Öffentlichkeit einzudämmen. Auch die Geschäfte, die Alkohol vertreiben, müssen im Stadtgebiet mit entsprechenden Kontrollen rechnen.

#### 6.10. Baumaßnahmen

Zu den Baumaßnahmen ist folgendes zu berichten:

- Der Erstausbau der Straße „Am Blockacker“ im Baugebiet Grafschaft an der Sillensteder Straße ist bis auf Restarbeiten durch den dort tätigen Erschließungsträger fertig gestellt worden.
- Mit dem Umbau der Olympiakreuzung wurde zwischenzeitlich begonnen. In 2006 beschränken sich die Arbeiten auf die bisher unbefestigten Seitenbereiche. Im Frühjahr des kommenden Jahres beginnt der Straßenbau. Hierüber habe ich u. a. den Vorsitzenden des Bürgervereins Roffhausen-Middelsfähr in Kenntnis gesetzt. Rechtzeitig vor Beginn des Straßenbaus erfolgt eine öffentliche Information über die erforderlichen Straßensperrungen während der Straßenbauarbeiten.
- Die vorbereitenden Arbeiten für die Errichtung von Fahrgastunterständen an Bushaltestellen wurden ausgeführt. Mit der Aufstellung der Wartehäuschen ist in dieser Woche begonnen worden.
- Der Aufbau der neuen Zaunanlage aus Pappelholz für die Kinderspielplätze am Schäferweg, Wohnpark, Hasenweide, Potterkuhle, Blumenweg, Marschweg und der Konrad-Adenauer-Straße wurde zwischenzeitlich abgeschlossen.
- Derzeit werden die laufenden Unterhaltungsarbeiten von ca. 10 km Gräben, für die die Stadt Schortens reinigungspflichtig ist, durchgeführt.
- Seit der letzten Ratssitzung sind 10 Bauanträge, davon 3 für Wohnhäuser, eingegangen.

#### 7. Benennung eines Grundmandatsvertreters für den Verwaltungsausschuss **SV-Nr. 06/0042**

Es wird folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

**Herr Dr. Lotz wird als weiterer Beigeordneter-Vertreter der Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen - Linksbündnis“ für den Verwaltungsausschuss gemäß § 56 Absatz 3 Satz 4 NGO bestimmt.**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

8. Benennung der hinzugewählten Mitglieder für den Schulausschuss  
**SV-Nr. 06/0043**

Es wird folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

**Als (stimmberechtigte) hinzugewählte Mitglieder für den Schulausschuss werden benannt:**

**LehrervertreterIn:**

**Mitglied: Elke Kortendiek    StellvertreterIn: Ilse Hallmann**

**ElternvertreterIn:**

**Mitglied: Ulrich Heimes    StellvertreterIn: Gisela Möller-Seyfried**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

9. Vorlage des Bau- und Umweltausschusses vom 31. 10. 2006

- 9.1. 7. Änderung der Entgeltordnung für Leistungen des Baubetriebshofes  
**SV-Nr. 01/1052**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 7. Änderung der Entgeltordnung wird beschlossen.**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

10. Vorlagen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 22. 11. 2006

- 10.1. Änderung der Vergnügungssteuersatzung **SV-Nr. 06/0026**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Schortens über die Erhebung der Vergnügungssteuer wird beschlossen.**

RM Just erklärt, dass es seit langem ein Anliegen seiner Fraktion gewesen ist, die Vergnügungsteuer abzuschaffen. Insbesondere ging es um die so genannte Diskosteuer für die im Ort ansässige Diskothek. Seiner Meinung nach war die Erhebung der Steuer über viele Jahre ein Ärgernis und nicht mehr zeitgemäß. Er hofft, dass der Rat ebenso wie der Fachausschuss diesem Beschluss zustimmt. Froh könne man seines Erachtens darüber sein, dass es diese Diskothek, die von den Jugendlichen auch gut angenommen wird, seit vielen Jahren im Ort gibt und über die engagierte Gastronomenfamilie, die diese Diskothek schon in zweiter Generation erfolgreich und attraktiv betreibt. Es ist gut, wenn diese Diskothek gegenüber anderen Diskotheken in den umliegenden Kommunen, in denen keine Vergnügungssteuer erhoben wird, nicht benachteiligt wird.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

10.2. Richtlinien für die Vergabe von Gewerbegrundstücken **SV-Nr. 06/0031**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Richtlinien für die Vergabe von Gewerbegrundstücken werden beschlossen.**

RM Freygang erklärt, dass es sich um eine tragfähige Richtlinie handelt, mit der sich die Stadt Schortens dem Wettbewerb mit den Umlandkommunen zur Veräußerung von Gewerbegrundstücken stellen kann.

RM Eggerichs geht auf die Beratung im Fachausschuss ein und erklärt, dass die jetzt vorgelegten Richtlinien inhaltlich von seiner Fraktion nicht mitgetragen werden können. Er geht auf Ziffer 5 b) ein und stellt fest, dass der Inhalt des ersten Absatzes zu vage ist, da nicht genau festgelegt ist, welche Kostenaufwendungen gemeint sind. Seiner Meinung nach hat der Käufer bei Vertragsabschluss das Recht, genau zu erfahren, mit welchen Einbußen er zu rechnen hat. Um das Verfahren zu vereinfachen, beantragt er im Namen seiner Fraktion folgende Formulierung: „Sofern das Grundstück nicht innerhalb der vorgenannten Frist bebaut wird, ist es mit einem Preisnachlass von 10 % des Kaufpreises an die Stadt zu verkaufen.“ Damit weiß der Käufer schon bei Kauf des Grundstückes, mit welchen Einbußen er rechnen muss, falls er nicht in der Lage ist, das Grundstück rechtzeitig zu bebauen und die Stadt es dann aufgrund der Richtlinien zurückfordert. Sollte die Verwaltung der Meinung sein, dass die von seiner Fraktion vorgeschlagenen 10 % nicht ausreichend sind, wird aber auch ein höherer Prozentsatz akzeptiert.

RM Schüder erklärt, dass ihre Fraktion sich gewünscht hätte, dass die Richtlinien die Forderung nach Vorlage einer Betriebskonzeption weiterhin beinhaltet hätten, da Ihrer Meinung nach jeder, der ein Grundstück kauft, auch Wirtschaftsförderung beantragt und hierfür eine Betriebskonzeption erforderlich ist. Für sie stellt sich die Frage, ob 10 % den Käufer abschrecken könnten. Sie spricht sich ebenfalls für eine genauere Definition der Kosten aus und beantragt, dass in den Richtlinien weiterhin enthalten bleibt „einschl. einer Betriebskonzeption.“

RM Freygang ist der Meinung, dass die Forderung nach einer Betriebskonzeption zu weitgehend ist. Es offenbaren sich dadurch wesentliche Interna der Betriebe, die bei dem Kauf eines Gewerbegrundstückes nicht notwendig sind. Mit der Planung wird bekannt, in welcher Branche der Betrieb tätig ist und das hält er für ausreichend. Es geht aber auch darum, wettbewerbsfähig zu bleiben, denn viele Umlandkommunen bieten Gewerbegrundstücke an. Wenn 10 % Sanktionsgelder bei Rückübertragung genommen werden, könnte das Ansiedlungswillige nicht gerade reizen, nach Schortens zu ziehen und hier Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Richtlinie ist im Hinblick auf die Kosten absichtlich so abstrakt gehalten, weil immer individuell zu entscheiden ist. Außerdem heißt es in dieser Richtlinie, dass bezogen auf den Einzelfall auch Ausnahmen zulässig sind.

RM Just erklärt, dass seine Fraktion eine Betriebskonzeption für ein unnötiges bürokratisches Hindernis hält. In die gleiche Richtung gehen die vor-

geschlagenen 10 % Strafe bei Rückgabe des Grundstückes. Grundstückskäufer wissen, wie hoch Grundstückserwerbskosten sind. Und es ist selbstverständlich, dass diese Kosten erstattet werden müssen, wenn vom Grundstückskauf durch eigenes Verschulden zurückgetreten wird. Er hält dies für einen Abschreckungsfaktor und ist der Meinung, dass in den Richtlinien zum Ausdruck kommen muss, dass die gewerbliche Ansiedlung gefördert wird. Daher sollte alles ausgeräumt werden, was ein unnötiges Hindernis und eine unnötige Schikane ist.

BM Böhling erklärt, dass er einen 10%igen Strafzuschlag für zu hoch hält. Wenn man beispielsweise einen Hektar im Gewerbegebiet Ostiem zu einem Preis von 15,30 €/m<sup>2</sup> kaufen würde, dann liegt man bei 150.000 € und müsste dafür ein Strafgeld in Höhe von 15.000 € zahlen. Das ist weit mehr, als das, was die Stadt an Aufwand hat. Bezügl. der Betriebskonzeption weist er darauf hin, dass es in den jeweiligen Bebauungsplänen Festsetzungen gibt, d. h. Grundstückskäufer müssen sich an diese Bestimmungen halten. Ergänzend weist er darauf hin, dass die Stadt in der Vergangenheit und auch in Zukunft mit Rücksicht auf die Absicht des Unternehmens bereit war und auch sicher künftig bereit sein wird, Änderungen des Bebauungsplanes vorzunehmen, damit Unternehmen sich in Schortens ansiedeln.

RM Thiesing hält eine Betriebskonzeption ebenfalls für überflüssig. Er denkt dabei besonders an kleine Unternehmen, die hierdurch total überfordert werden. Eine Festlegung von 10 % Strafe geht seiner Meinung nach völlig an der Sache vorbei, da hierdurch gegenüber dem ansiedlungswilligen Unternehmen Misstrauen suggeriert wird. Die Grundeinstellung jedem Investor gegenüber passt seiner Meinung nach nicht mit diesen Forderungen zusammen. Es sollte Wirtschaftsförderung betrieben, der Kauf und die Bebauung von Grundstücken einfach gemacht und so viel Hilfestellung wie möglich gegeben werden.

RM Borkensein fragt nach, wie hoch der tatsächlicher Aufwand bei Grundstückskäufen ist. Die Aussage von RM Freygang, dass bei Rückgabe von Grundstücken individuell entschieden wird, spricht gegen eine Gleichbehandlung all derer, die in Schortens ein Gewerbegrundstück kaufen wollen und das ist für ihn nicht in Ordnung.

BM Böhling erklärt, dass bei Grundstückskäufen 3,5 % Grunderwerbssteuer und ca. 1,5 % Verwaltungskosten anfallen.

RM Schauderna erklärt, dass es seiner Meinung nach einen Investor noch mehr abschrecken kann, wenn er nicht weiß, welche Kosten auf ihn zukommen. Er stellt im Namen der Gruppe B90/Die Grünen-Linksbündnis den Antrag, in Absatz 5 b Satz 1 die Worte „einschließlich Kosten“ zu streichen.

RM Eggerichs erklärt, dass im Fachausschuss ursprünglich mehrheitlich ein wesentlicher höherer Prozentsatz beschlossen wurde. Der Vorschlag von 10 % war ein Kompromissvorschlag seinerseits und sollte eine Vereinfachung sein. Wenn jetzt gesagt wird, 5 % reichen aus, dann ist seine Fraktion auch damit einverstanden. Dadurch ist dann von vorneherein für Käufer und Verkäufer klar, mit welcher Summe zu rechnen ist, falls das Grundstück aus irgendwelchen Gründen zurückgegeben werden muss. Im



Übrigen kann natürlich auch noch das Individuelle ausgebaut werden in den Verhandlungen.

RM Schüder erklärt, dass sie ihren Antrag auf Erweiterung der Richtlinien bezügl. Betriebskonzeption zurückzieht. Sie weist jedoch darauf hin, dass bei einer Person, die ein Haus von der Stadt kaufen wollte, ein pädagogisches Konzept verlangt wurde und fragt sich, ob das mit einer Betriebskonzeption nicht vergleichbar ist.

Nach einem weiteren Diskussionsbeitrag von RM Freygang und wird wie folgt abgestimmt:

1) Antrag der SPD-Fraktion:

Ziffer 5 b) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Sofern das Grundstück nicht innerhalb der vorgenannten Frist bebaut wird, ist es mit einem Preisnachlass von 5 % des Kaufpreises an die Stadt zu verkaufen.“

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt

2) Antrag der Gruppe B90/Die Grünen-Linksbündnis

In Absatz 5 b Satz 1 sind die Worte „einschließlich Kosten“ zu streichen.

RM Thiesing beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Nach Fortführung der Sitzung wird wie folgt beschlossen.

Der Antrag der Gruppe B90/Die Grünen-Linksbündnis wird mehrheitlich genehmigt.

3) SV 01/0031

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügten Richtlinien für die Vergabe von Gewerbegrundstücken werden mit der vorgenannten Änderung beschlossen.

10.3. Haushaltssatzung/Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2007-2010; Haushaltssicherungsbericht für die Haushaltsjahre 2007-2010; s. auch Antrag der SPD-Fraktion vom 21. 11. 2006 **SV-Nr. 06/0030 A**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2007 – 2010 sowie der Haushaltssicherungsbericht für die Haushaltsjahre 2007 – 2010 werden beschlossen.**

RM Freygang dankt der Verwaltung für das umfangreiche und aussage-

kräftige Zahlenwerk und den zuarbeitenden Fachausschüssen für ihre gute Arbeit. Wesentlich höhere Finanzzuweisungen des Landes und verbesserte Einnahmen bei der Gewerbesteuer haben dazu geführt, dass im Finanzausschuss ein zweiter Entwurf mit sehr erfreulicher Ausgangslage beraten werden konnte. Der strukturelle Fehlbedarf für 2007 beträgt 541.300 €, die Kreditaufnahme wurde vermindert auf 376.000 € und es gab keine Nettoneuverschuldung bei einer Investitionssumme, die bei 2,2 Mio. € liegt. Leider ist bei der Kreisumlage, die bei 54 % liegt, ein Mehrbetrag von 800.000 € zu verzeichnen. Der Schuldenstand am 01. 01. 2006 betrug 10,2 Mio. €, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 482 € entspricht. Vergleichbare Kommunen haben eine Pro-Kopf-Verschuldung von 614 €. In den Haushaltssicherungsbericht sind wesentliche Merkmale für die Zukunft mit eingeflossen. So z. B. die Ausgliederung von Betrieben, die Errichtung von Stadtwerken für die Energieversorgung, das Gebäudemanagement, die Teilnahme am Kommunalen Vergleichsring, die Gründung einer stadteigenen Immobiliengesellschaft und die Stärkung der Wirtschaftsförderung zur Akquise von ansiedlungswilligen Betrieben.

RM Eggerichs geht auf den Haushalt ein und erklärt, dass der Überschuss bei der Haushaltsstelle 9000 trotz der erhöhten Kreisumlage um ca. 880.000 € gestiegen ist, denn die Kreisumlage steigt nur dann, wenn auch die Einnahmen der Kommunen steigen. Positiv zu vermerken ist, dass im Vermögenshaushalt die Kreditaufnahme um ca. 200.000 € unter der Tilgung bleibt. Somit betragen die langfristigen Schulden ca. 10 Mio. €, also in etwa die gleiche Größenordnung wie vor 10 Jahren. Im Verwaltungshaushalt beträgt der Fehlbedarf ca. 900.000 €, davon strukturell 540.000 €. Laut Finanzplan beträgt die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt im Jahr 2010 ca. 3,2 Mio. €, d. h. trotz Ansteigen der Konjunktur und des Wirtschaftswachstums reichen die Einnahmen nicht, um das Fehl auszugleichen. Es reicht seiner Meinung nach wahrscheinlich nicht einmal, um ein strukturelles Fehl auszugleichen. Auch die Ausgabenminderungen führten nicht zum gewünschten Erfolg, von einer Nachhaltigkeit ganz zu schweigen. Schuld an dieser Entwicklung sind vorrangig Entscheidungen, die außerhalb der Stadt getroffen wurden, so z. B. die Steuergesetze. Es stellt sich die Frage, was zu tun ist. Für ihn ist vorrangig, festzulegen, in welchen Bereichen nicht gespart werden sollte. Hierzu gehört seiner Meinung nach die Bereitstellung von Kinderkrippenplätzen. Daher beantragt er im Namen seiner Fraktion, den Punkt 3.4.1 des Haushaltssicherungsberichtes „Unterhaltung von Kinderspielplätzen“ zu streichen. Weiter sollte versucht werden, über alle anderen Themen in einem sachlichen Rahmen zu diskutieren. Der erste Schritt könnte bei der interfraktionellen Sitzung bezügl. der Ausgliederung von Betrieben getan werden. Vielleicht ist das ein Beitrag, die Haushaltslage der Stadt Schortens zu verbessern. Im Übrigen erwartet seine Fraktion, dass der Einsatz von regenerativer bzw. alternativer Energie nicht völlig von der Tagesordnung verschwindet. Bezüglich der Budgetierung ist er der Meinung, dass der Verwaltungsausschuss sich nicht in die Zuständigkeit der Fachausschüsse einmischen sollte. Es könnte der Verdacht aufkommen, dass unangenehme Beschlüsse nichtöffentlich behandelt werden. Seine Fraktion wird den vorliegenden Haushalt mit beschließen, aber er erinnert noch einmal an die gesonderte Abstimmung bezügl. der Kinderspielplätze.

RM Sutorius geht auf den vorliegenden Haushalt ein und bedankt sich bei

den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Arbeit. Er ist der Meinung, dass man mit der Sanierung des Haushaltes besser vorankommt als gedacht. Das ist nicht nur ein Ergebnis der jetzt verbesserten Steuereinnahmen, sondern des Konsolidierungskurses der Mehrheitsgruppe. Ohne die Erhöhung der Kreisumlage hätte man schon 2007 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Was fehlt, sind Steuereinnahmen aus Gewerbesteuern. Darum muss man sich bemühen, starke Unternehmen nach Schortens zu holen. Doch auch ein Mehr an Gewerbesteuer ist nicht gleichbedeutend für eine Einnahmeverbesserung des Haushalts, sondern eine fast gleiche Kürzung der Schlüsselzuweisungen und Einkommenssteuer. Auch das wird sich durch die Unternehmenssteuerreform im nächsten Jahr nicht ändern. Trotz alledem sollte weiter investiert und die Einrichtungen in gutem Zustand gehalten werden.

BM Böhling erklärt, dass die wesentlichen Gründe für die Verbesserung des Haushalts bereits genannt wurden. Deutlich spürbar wird der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland jetzt auch in Schortens. Gleichzeitig muss trotz der Verbesserung der Einnahmesituation weiterhin sparsam und wirtschaftlich mit den Haushaltsmitteln umgegangen werden. Das wurde in der Vergangenheit gemeinsam getan und das sollte auch in der Zukunft gemeinsam getan werden, ohne das Vermögen negativ zu beeinträchtigen, d. h. ohne bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung der öffentlichen Einrichtungen nachzulassen. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass die Nettoneuverschuldung im kommenden Jahr und nach der Finanzplanung bis zum Jahr 2010 erheblich unterschritten wird. Mittelfristig wird der Haushalt dadurch stabiler. Im nächsten Jahr sind einige bedeutsame investive Maßnahmen vorgesehen. So soll der 2. Bauabschnitt des Baugebietes Klein-Ostiemer-Weges erfolgen. Weiterhin sind für die Familienförderung bei Baugrundstücken 50.000 € und für die Sanierung der Straße und den Regenwasserkanal der Spiekerooger Straße 300.000 € eingeplant. Geplant sind auch der Regenwasserkanal in der Wangerooger Straße und die Installation der Fußgängerampel an der Überwegung zur Sporthalle des TuS Oestringen. Nach der Finanzplanung sind bis 2010 außerdem weitere Sanierungen von Straßen und vom Kanalnetz vorgesehen. Trotz all dieser Maßnahmen bleibt der Haushalt erheblich unter der Nettoneuverschuldung. Er geht davon aus, wenn sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland weiterhin so verbessert, dass innerhalb der nächsten 4 bis 5 Jahre ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann. Bezüglich der Kreisumlage erklärt er, dass der Haushalt 2007 mit 800.000 € mehr belastet wird bei 54 Punkten Kreisumlage. Ob der Kreis aufgrund der verbesserten Finanzsituation die Städte und Gemeinden teilhaben lässt, bleibt abzuwarten.

RM Schüder erklärt, dass ihre Fraktion darüber enttäuscht ist, dass die Kosten für die Photovoltaikanlage aus dem Haushalt herausgenommen wurden. Die Verwaltung hat unglaublich viel Arbeit geleistet und dargelegt, dass dadurch eine Einnahmequelle entstehen kann. Im Wahlkampf wurde noch für regenerative Energie und deren Nutzung plädiert. Doch dieses ökologische Bewusstsein scheint durch Einflüsse anderer Art zurückgedrängt worden zu sein. Sie findet das bedauerlich und hofft, dass hier noch nicht das letzte Wort gesprochen wurde. Was ihre Fraktion auch nicht mittragen kann, ist die Sanierung des Haushalts auf Kosten der Kinderspielplätze.

RM Riemer weist darauf hin, dass nicht an den falschen Stellen gespart und dafür Sorge getragen werden sollte, dass tatsächlich alle Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, die der Förderung, Erziehung und Bildung der Kinder dienen. Sie erklärt, dass erst nach Festsetzung der Eckwerte für den Haushalt 2007 bekannt wurde, dass die Niedersächsische Landesregierung für die Jahre 2007 bis 2010 Fördermittel zur Verfügung gestellt hat, die für die Förderung der frühkindlichen Erziehung und Bildung der Kinder dienen. Für diese Projekte, für die eine Kofinanzierung von 50 % erforderlich ist, hat die Stadt Schortens in Arbeitsgruppen bereits viele Vorschläge erarbeitet. Um diese Projekte aber nicht zu gefährden, muss die haushaltstechnische Absicherung sichergestellt werden. Von Ihrer Fraktion wurde ein entsprechender Antrag auf Sicherstellung der Mittel gestellt. Von BM Böhling wurde zugesichert, dass für die Finanzierung der Projekte 50.000 bis 75.000 € budgetübergreifend im Haushalt 2007 zur Verfügung gestellt werden könnten. Fakt ist nun, dass keine Mittel zur Finanzierung der Projekte extra im Haushalt vermerkt sind.

RM Just erklärt, dass nach seiner Kenntnis das Land bisher gar keine Fördermittel zur Verfügung gestellt, sondern nur ein Programm in Aussicht gestellt hat, das noch nicht einmal bekannt ist. Daher konnte bisher auch noch kein konkreter Beschluss im Hinblick auf dieses Programm und die Kofinanzierung gefasst werden. Entsprechend wurden deshalb auch noch keine Mittel in den Haushalt eingestellt. Erst im nächsten Jahr, wenn das Programm bekannt ist, kann eine Entscheidung über die entsprechenden Projekte getroffen werden. Dann wird sicherlich auch die Möglichkeit bestehen, die erforderlichen Mittel in der Größenordnung von 50.000 € oder mehr zur Verfügung zu stellen. Weiterhin erklärt er, dass es sich bezüglich der Verkleinerung der Kinderspielplätze um einen Prüfauftrag handelt und bisher keine Mittel aus dem Verkauf in den Haushalt eingestellt sind. Zutreffen ist auch nicht, dass Mittel für Photovoltaikanlagen aus dem Haushalt herausgenommen wurden. Richtig ist, dass bisher hierfür keine Mittel in den Haushalt eingestellt wurden, da die Angelegenheit noch in der Diskussion ist. Seine Fraktion sieht es jedoch kritisch, wenn man sich für diese nicht notwendige Aufgabe mit 200.000 € verschuldet.

BM Böhling erklärt, dass im Rahmen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit Ausgaben nur in den Haushalt aufgenommen werden sollen, wenn sie tatsächlich erforderlich werden. Es besteht Einigkeit, dass diese Aufgabe wichtig ist. Wenn das Programm des Landes Niedersachsen endgültig vorliegt, im Sozialausschuss entsprechende Programme beraten wurden und feststeht, welche Kosten zu finanzieren sind, dann können budgetübergreifend die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nach seiner Einschätzung werden die Kosten keine 200.000 € betragen, sondern der hier angesprochene Rahmen von 50.000 bis 75.000 € ist mit Sicherheit realistisch.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen von RM Freygang, Köhn, Thiesing, Freygang, Schauderna, Just, Borkenstein, Homfeldt, Riemer, Freygang, BM Böhling, RM Schüder, Fischer, Homfeldt, Borkenstein, Knefelkamp wird wie folgt beschlossen:

- 1) Antrag SPD-Fraktion

Streichung des Punktes 3.4.1 des Haushaltssicherungsberichtes „Verkleinerung von Kinderspielplätzen“

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

2) SV 01/030 A

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2007 – 2010 sowie der Haushaltssicherungsbericht für die Haushaltsjahre 2007 – 2010 werden beschlossen.

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich beschlossen.

11. Vorlagen des Planungsausschusses vom 29. 11. 2006

11.1. Neufassung des Bebauungsplanes Nr. 11/IV "Klosterneuland/Langeooger Straße" **SV-Nr. 06/0036**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die Abwägungsvorschläge werden im Wortlaut der Ziffern 1 bis 3 der Anlage zur Sitzungsvorlage beschlossen.**

**Beschlossen werden die Neufassung des Bebauungsplanes Nr. 11/IV „Klosterneuland/Langeooger Straße“ als Satzung und die Begründung.**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

11.2. Aufstellungsbeschluss zur Neufassung des Flächennutzungsplanes **SV-Nr. 06/0037**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die Einleitung des Verfahrens zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schortens wird beschlossen.**

RM Bödecker erklärt, dass im Planungsausschuss deutlich gemacht wurde, dass Rat und Verwaltung in einer Arbeitsgruppe diesen Beschlussvorschlag gemeinsam erarbeiten und frühzeitig die Bürger daran beteiligen wollen.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

12. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 05. 12. 2006

12.1. Auflösung der Friesland Touristik GmbH (FTG) **SV-Nr. 06/0044**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die Stadt Schortens stimmt der Auflösung der Friesland Touristik GmbH (FTG) zum 31.12.2006 zu.**

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

13. Anfragen und Anregungen:

13.1. RM Dr. Eickelberg schlägt vor, bei längeren Sitzungen zwischen der 45. und 60. Minute und eine Stunde zeitversetzt die Sitzung für eine Pause zu unterbrechen.

13.2. RM Freygang fragt nach, ob die geringe Beteiligung von Ausstellern beim diesjährigen Hobbykünstlerbazar im Bürgerhaus mit einer Erhöhung der Standgebühren zusammenhängt.

BM Böhling erklärt, dass die Standgebühren nicht erhöht wurden. Die Angelegenheit wird jedoch geprüft.

13.3. RV Bastrop erklärt, dass eine Zusammenstellung über die im abgelaufenen Jahr durchgeführten Sitzungen und deren Dauer der Niederschrift als Anlage beigefügt wird (Anlage)